



Fachverband der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen
Sparte Industrie der Wirtschaftskammer Österreich
A-1015 Wien, Schuberting 14, Postfach 26
Telefon: +43 1 513 15 88-0*
Telefax: +43 1 513 15 88-25
E-Mail: office@gaswaerme.at
Internet: www.gaswaerme.at



Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Per Email an: **gsnevo@e-control.at**

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht von

Unser Zeichen

DW

Datum

LI/DÜ

39

23.11.2012

Stellungnahme des Fachverbandes der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen zum Entwurf der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung-Novelle 2013

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum übermittelten Begutachtungsentwurf einer Novelle der GSNE-VO 2013 erlauben wir uns folgende Stellungnahme abzugeben:

In der Einleitung sollte neben den zitierten §§ 24 und 70 GWG 2011 auch noch der § 72 GWG 2011 angeführt werden.

Zu § 2 Abs 1:

Zu Z 11 und 17:

Der zitierte § 5 bezieht sich auf die derzeitige GSNT-VO 2008 – Novelle 2012. Richtigerweise muss der Bezug auf § 10 (Netznutzungsentgelt für Endverbraucher und Netzbetreiber) erfolgen.

Zu Z 13:

Der Verrechnungsbrennwert für die Regelzone Ost wurde in den bisherigen Verordnungen mit 11,11 kWh/Nm³ bis 2008, mit 11,14 kWh/Nm³ in 2009 und mit 11,19 kWh/Nm³ in den Jahren 2010 bis 2012 festgesetzt.

Die nun wiederum geplante neuerliche Anhebung des „Verrechnungsbrennwertes“ ab 2013 in nur sehr geringer Höhe (0,09%) würde zu einem unverhältnismäßig hohen Umstellungsaufwand sowie zu einer damit verbundenen, erhöhten Rechnerkomplexität aus Kundensicht führen. Änderungen mit derartigen Folgewirkungen sollten in größeren Intervallen und erst nach Überschreiten eines entsprechenden Schwellenwerts vorgenommen werden. Zudem würde der Verrechnungsbrennwert ab 2013 vom „Umrechnungsbrennwert“ für die Umstellung bestehender Transportverträge auf den Fernleitungen (11,19 kWh/Nm³) abweichen.

Es wird daher angeregt, den Verrechnungsbrennwert im Marktgebiet Ost bei den derzeit verordneten 11,19 kWh/Nm³ zu belassen, um die mit der Änderung verbundenen Kosten, die in Anbetracht der Geringfügigkeit der Änderung unverhältnismäßig sind, zu vermeiden.

Darüber hinaus ist anzumerken, dass gemäß § 14 Abs 1 Z 12 GWG 2011 der Brennwert für das Marktgebiet Ost vom Marktgebietsmanager ermittelt und veröffentlicht wird. Daher schlagen wir folgende Änderung des 3. Satzes vor:

„.... Weicht der vom Marktgebietsmanager für das Marktgebiet Ost oder der vom jeweiligen Verteilergebietsmanager für die Marktgebiete Tirol oder Vorarlberg veröffentlichte durchschnittliche Monatswert um mehr als 2 % vom verordneten Verrechnungsbrennwert ab, kommt für diesen Zeitraum der veröffentlichte durchschnittliche Monatswert zur Anwendung;“

Zu § 10 Abs 4:

Im letzten Satz ist der Einschub „die an die Netzebene 3 angeschlossen sind“ durch Beistriche abzugrenzen. Auch ist bei dieser verordneten Einreihung von Kunden, die z. B. durch eine Umstellung von Erdgas auf einen anderen Energieträger bis zur Umstellung leistungsgemessene Kunden waren und durch die Umstellung auf einen Jahresverbrauch von bis zu 40.000 kWh abfallen, zu regeln, ob die im Jahr der Umstellung erfolgte Verrechnung komplett neu aufzurollen ist oder erst im Jahr nach der Unterschreitung der Grenze von 40.000 kWh eine Verrechnung nach den Kriterien eines nicht leistungsgemessenen Kunden zu erfolgen hat.

Die Erläuterungen sagen zwar aus, dass unter 40.000kWh die Tarifansätze mit Pauschalen zu tragen kommen, es ist aber nicht geregelt, was in dem laufenden Jahr passiert, in dem die 40.000 kWh erstmals nicht erreicht werden.

Zu § 10 Abs 7:

Eine Aliquotierung der durchlaufenden Zonen entsprechend der Anzahl der Tage bei gleichzeitiger Aliquotierung des Verbrauches nach Lastprofil führt zu inkonsistenten Abrechnungen.

Die Aliquotierung der Zonen muss auch entsprechend dem Lastprofil erfolgen.

Da die vorgeschlagene Aliquotierung nicht nachvollzogen werden kann, ist ein Berechnungsbeispiel seitens der Behörde erforderlich: zB: Neuanlage Kunde (SLP Heizer Mehrfamilienhaus) Einzug am 10. Mai 2012, Abrechnungsportion Februar mit Ablesung am 10.2.2013 mit Berücksichtigung einer Tarifänderung am 1.1.2013.

Zu § 10 Abs 9:

Die angeführten Zeiträume 0 Uhr bis 24 Uhr müssten unseres Erachtens jeweils auf den von der E-Control festgelegten Gastag (6 Uhr bis 6 Uhr des Folgetages) geändert werden.

Zu § 12 Abs 2 und § 13 Abs 2:

Bedeutet die Formulierung „für Verträge mit einer Laufzeit von einem Jahr“, dass für Verträge mit einer davon abweichenden Laufzeit kein Netznutzungsentgelt zu verrechnen ist? Da Netznutzungsverträge in der Regel unbefristet abgeschlossen werden, hätte dies zur Folge, dass diese Bestimmung bedeutungslos ist.

Zu § 14:

Die Bestimmung zur Kostenwälzung in § 14 und die darin festgehaltenen Verfahren sind für die Marktteilnehmer nicht nachvollziehbar. Auch die Erläuterungen bieten keinerlei weitere Anhaltspunkte zum besseren Verständnis. Mangels erforderlicher Transparenz bei der Berechnung der überwältzten Kosten, können die jeweiligen Nettoszahungen für die Netzbetreiber in Abs 7 daher nicht nachvollzogen und überprüft werden.

Zu § 15 Abs 6 Z 3 und Abs 7 Z 2:

Der Begriff „Onlinemessung“ ist nicht festgelegt. In den Erläuterungen zur GSNT-VO 2008 Novelle 2012 ist bzgl. „Onlinemessung“ in einem gänzlich anderen Zusammenhang (Feststellung des Brennwertes) angeführt: *„Die Brennwerte werden jährlich aufgrund der von den Regelzonenführern gemeldeten und veröffentlichten Brennwerten festgesetzt und basieren auf gemessenen Werten (‘‘Onlinemessung’’).“*

Da derzeit für die Umsetzung der Onlineübertragung bzw. –messung gem. § 37 Abs 7 GMMO-VO 2012 noch keine Vorgaben hinsichtlich Datenqualität, Intervallerfordernisse, etc. festgelegt sind, ist nicht nachvollziehbar bzw. völlig unklar, auf welcher Basis die vorgesehenen Höchstpreise für die Vorhaltung der Geräte, die Errichtung und Demontage der Onlinemessung und die laufende Datenübertragung ermittelt wurden und welche Aufwendungen und Komponenten damit tatsächlich abgedeckt sind. Selbst bei einfachster Ausführung und günstigen Voraussetzungen beträgt der tatsächliche Aufwand das Mehrfache der angeführten Höchstpreise. Diese stellen daher keine aufwandsorientierte Verrechnung dieser Leistungen dar.

Die unterschiedlichen Gegebenheiten und Voraussetzungen bei den Kundenanlagen lassen keine Pauschalierung zu und erfordern eine jeweils maßgeschneiderte Lösung. Wie viele und welche Endkunden für eine Tagesbilanzierung optieren werden, ist nicht bekannt. Je nach Umfang entsteht den Netzbetreibern durch die zusätzlich vorgesehenen Onlinemessungen bzw. -übertragung ein zusätzlicher Aufwand, der jeweils dem Kunden, der daraus einen Vorteil zieht, verursachungs- und aufwandsgerecht zu verrechnen ist.

Da der Einbau von Onlinemessungen gegenüber der Errichtung von Lastprofilzählern einen höheren Aufwand mit sich bringt, muss der Höchstpreis mindestens € 250,-- betragen. Zu diesen Kosten sind jedoch noch die Kosten für die Bereitstellung von Infrastruktur und die Aufwendungen für die Fahrzeiten hinzuzurechnen.

Soweit die tatsächlichen Kosten einer Onlinemessung und Onlineübertragung der Messwerte mit den im Verordnungsentwurf angeführten Entgelten nicht abgedeckt werden können, bedeutet dies eine nicht verursachungsgerechte Überwälzung von Kosten auf andere Netznutzer. Kostenvorteile für Kunden mit Onlineübertragung von Messwerten würden so auf die übrigen Netznutzer verschoben werden.

Weiters möchten wir darauf hinweisen, dass eine Verrechnung von Online-Messgeräten mit 1. Jänner 2013 nicht möglich ist, da es derzeit keine Spezifikationen bzgl. Onlinemessungen gibt und eine Anpassung von IT-Systemen mit der notwendigen technischen Infrastruktur mindestens 6 Monate benötigt.

Zu § 18 Abs 1:

Zu Z 1:

Da jede Mahnung Kosten verursacht, ist die Festlegung von EUR 0,00 für die erste Mahnung zu ändern. Diese Vorgangsweise entspricht nicht dem Verursachungsprinzip. Auch ein Betrag von EUR 1,50 für eine Mahnung ist zu gering.

Zu Z 4 lit a:

Für eine tagesaktuelle Zurverfügungstellung von Lastprofilzählerdaten im Standardformat sind in Z 4 lit a 0,00 € vorgesehen.

Gemäß Systemnutzungsentgelte-VO Strom können dafür monatlich pro Zählpunkt 7,00 € verrechnet werden. Zumindest dieser Betrag sollte auch für den Gasbereich festgelegt werden.

Abschließend ist festzuhalten, dass generell unklar ist, ob die Tarifänderungen mit 1. Jänner 2013, 0:00 Uhr, oder analog dem von der ECA festgelegten Gastag mit 1. Jänner, 6:00 Uhr in Kraft treten bzw. zur Anwendung kommen. Um Abgrenzungsprobleme der ersten sechs Stunden zu vermeiden, ist eine konsistente Vorgangsweise erforderlich.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Anmerkungen und stehen für Rückfragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Mag. Michael Mock
Geschäftsführer



Mag. Michael Lichnovsky
Bereich Gas